



Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 17.06.2011

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	4/2011
Datum	Dienstag, dem 14. Juni 2011
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	23:05 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Mitglied

Herr Thomas Demuth
Herr Patrick Baier
Herr Dietmar Beilner
Frau Sylvia Braun
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Herr Niels-Malte Bürgstein
Frau Patricia Bürgstein
Frau Christine Empter
Frau Elke Förster-Helm
Herr Dirk Friebe
Frau Christiane Gustke
Herr Oliver Hirt
Herr Harald Hormel
Frau Gisela Klein
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Katja Lauterbach
Herr Klaus Linek
Frau Dana Pastor
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Tim Protzmann
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Herr Gerhard Rehbein
Herr Michael Reul
Herr Guido Rötzer
Herr Jürgen Schäfer
Herr Michael Schreier
Frau Carina Seewald
Herr Thomas Sliwka
Herr Thomas Stöppler
Herr Winfried Weiß
Herr Harald Wenzel
Frau Rosemarie Wenzel
Herr Christoph Zugenbühler

Magistrat

Herr Günter Maibach
Herr Uwe Ringel
Frau Ingrid Cammerzell
Herr Edwin Jessl
Herr Reiner Keim
Herr Manfred Lüer
Herr Josef Pastor
Herr H. Michael Roth
Herr Volker Schadeberg

Verwaltung

Herr Dieter Opalla
Herr Daniel Weber

entschuldigt

Herr Achim Dietenhöfer
Herr Volker Machtanz
Herr Perry von Wittich

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 02.05.2011
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5		Fragen zu aktuellen Themen
6	DS 144/2011	Antrag der CDU-Fraktion: Schilderwald
7	DS 145/2011	Antrag der CDU-Fraktion: Einrichtung einer Kommission
8	DS 150/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Ausbau des Betreuungsangebotes für unter 3jährige
9	DS 151/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Sicherer Radweg zwischen Niederissigheim und Butterstadt
10	DS 152/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Anpassung der Geschäftsordnung an die Sach- und Rechtslage
11	DS 146/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Einrichtung eines zentralen Anmeldeverfahrens für Kita- und Hortplätze
12	DS 147/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Ärztliche Versorgung in Bruchköbel
13	DS 148/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Antrag zur Vorstellung der aktuellen Situation zum Thema Kinderbetreuung unter drei Jahren in Bruchköbel und zum weiteren Vorgehen
14	DS 149/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Abholtermine für Biotonne
15	DS 142/2011	Wahl einer/eines weiteren Stellvertreters für die Verbandskammer Regionalverband FrankfurtRheinMain
16	DS 112/2011	Wahl von Ortsgerichtsschöffen für die Ortsgerichte Bruchköbel I (Bruchköbel, Kernstadt), Bruchköbel II (Niederissigheim / Oberissigheim), Bruchköbel III (Roßdorf / Butterstadt)
17	DS 274/2010	Änderung und Neubekanntgabe Friedhofsordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
18	DS 138/2011	Aufstellung des Bebauungsplans "Am Hasenpfad", Niederissigheim
19	DS 137/2011	Ausbau der Hauptstraße
20	DS 257/2010	2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bruchköbel im Stadtteil Oberissigheim an der Landwehr zwecks Errichtung eines neuen Feuerwehrstandortes; Abwägung und Entwurfsbeschluss
21	DS 132/2011	Aufhebung der geltenden Entwässerungssatzung und gleichzeitiger Erlass einer neuen Entwässerungssatzung (EWS)
22	DS 130/2011	Aufhebung der geltenden Erschließungsbeitragssatzung und rückwirkende Inkraftsetzung einer neuen Erschließungsbeitragssatzung sowie Aufhebung der geltenden Straßenbeitragssatzung und gleichzeitiger Erlass einer neuen Straßenbeitragssatzung

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 34 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung regt die Stadtverordnete Lauterbach an, die Tagesordnungspunkte 8 und 13 gemeinsam zu verhandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, so dass entsprechend verfahren wird.

Der Stadtverordnete Rabold beantragt, den Tagesordnungspunkt 6 von der Tagesordnung zu nehmen, es handele sich um eine alleinige Zuständigkeit des Bürgermeisters als Straßenverkehrsbehörde. Der Stadtverordnete Reul spricht gegen diese Auffassung.

Abstimmung: bei 13 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen verbleibt TOP 6 auf der Tagesordnung.

TOP 1	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 02.05.2011
-------	---

Zur Niederschrift vom 02.05.2011 haben sich keine Einwände ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass die Stadtverordneten Beilner, Broschowsky, Gustke, Kortenhoeven und Weiß nach den Wahlen zum ehrenamtlichen Magistrat in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt seien.

Für den Stadtverordneten Lehwald ist darüber hinaus Tim Protzmann nachgerückt.

Er begrüßt mit allen Anwesenden die neuen Kollegen.

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet das Hohe Haus für den Sitzungstermin am 16.08.2011 in einer Sitzungspause zu einen Gruppenfoto auf der Rathauptreppe.

Er gibt bezüglich einer Anfrage der BBB-Fraktion hinsichtlich der Terminplanung für den Haushalt 2012 bekannt, dass die Einbringung für die September-Sitzung geplant sei.

Die Anfrage der BBB-Fraktion die Erschließungsbeitrags- bzw. Straßenbeitragssatzung betreffend habe er an den zuständigen Dezernenten weitergeleitet.

TOP 3	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	--

Der Bürgermeister teilt mit, dass in der Magistratssitzung vom 30.03.2011 in Ergänzung zur Beschlussfassung zur DS 85/2011 vom 23.03.2011 die Bauabteilung noch nachträglich die Übertragung von Haushaltsausgaberesten in das Haushaltsjahr 2011 beantragt hat. Der Magistrat hat dies so beschlossen, so dass im Teilfinanzplan zu übertragende Haushaltsausgabereste somit insgesamt 1.385.406,07 € betragen.

Der Erste Stadtrat gibt bekannt, dass der Magistrat einen Austausch der Beckenfolie und Unterwasser-Beleuchtung im Hallenbad beschlossen habe.
Weiter gibt er bekannt, dass die Planungen für die neue Kirle-Brücke fertig gestellt seien und sich zur Abstimmung bei der Deutschen Bahn und anderen Beteiligten befände.
Die Förderanträge für Bahnhof und Höhenstraße werden vorbereitet.
Aktuell finde ein Erkundungsverfahren zum Breitband-Bedarf statt.
Morgen finde der Submissionstermin für die Arbeiten am Kreisverkehr vor dem Viadukt statt, der Spatenstich könne womöglich schon in der ersten Augustwoche stattfinden.
Die Sanierung der Frostschäden in der Straßendecke werde derzeit in Angriff genommen.
Der Kampfmittel-Räumdienst sei beim Bau des Spielplatzes im Baugebiet Kleines Feld gerufen worden, z.B. auch beim Anbau der Kita Wirbelwind handele es sich um Verdachtsflächen.

Der Stadtverordnete Rechholz fragt, ob eine weitere Fraktionsrunde zum ÖPNV geplant sei, der Erste Stadtrat bejaht dies, die gewonnenen Ergebnisse sollen dort vorgestellt werden.

TOP 4	Berichte aus den Ausschüssen
-------	------------------------------

Der Stadtverordnete Reul berichtet zu den Verhandlungen und Ergebnisse des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.05.2011 und 07.06.2011.

Der Stadtverordnete Stöppler berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr am 31.05.2011 und 07.06.2011.

Der Stadtverordnete Rötzer berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales am 07.06.2011.

TOP 5	Fragen zu aktuellen Themen
-------	----------------------------

Für die SPD-Fraktion fragt die Stadtverordnete Empter:
In der Nacht zum Montag, den 06.06.2011, ist es nachts im Bereich der Innenstadt zu Nazi-Grölereien gekommen beziehungsweise wurden Nazilieder gesungen.

1. wurde die Polizei verständigt?
2. a. Wurden die Verantwortlichen ermittelt?
2. b. Welche Konsequenzen haben sie zu erwarten?

Der Bürgermeister bekundet, dass keine Erkenntnisse vorliegen. Das Ordnungsamt habe keinerlei Hinweise, ebenso nicht die Polizeistation Hanau II nach Rücksprache vom heutigen Tage. Er fragt, wer diese Information gegeben habe. Daraufhin meldet sich die Stadtverordnete Wenzel, sie selbst habe mitbekommen, wie sich das in der Nacht zum Dienstag, 07.06. So ergeben habe. Sie habe auch die Polizei verständigt. Der Bürgermeister bittet, in solchen Fällen auch die Ordnungsbehörde zu verständigen, er nehme solche Hinweise sehr ernst und werde dem nachgehen.

Für die Fraktion Bündnis 90 die Grünen fragt die Stadtverordnete Bürgstein:
Für die neue Konzeption der öffentlichen Kinderspielplätze seien im Haushalt 5000 € für externe Beratung vorgesehen. Wie ist der Sachstand in dieser Sache?

Der Erste Stadtrat berichtet zur Thematik, insbesondere seien bisher circa 4.000 € für externe Beratung verausgabt worden, ohne dass Haushaltsmittel für Planungen zur Verfügung stehen. Auch stünden keine Haushaltsmittel für eine konkrete Ausführung von Ideen oder Planungen vor, so dass der Planansatz in dieser Sache auch eingespart werden könne.

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Rabold
Nachdem der Haushaltsplan 2011 heute ausliege, stellt sich weiterhin die Frage, wann der Haushalt der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt wurde. Wann ist mit einer Genehmigung zu rechnen?

Der Bürgermeister bekundet, dass der Haushalt 2011 am 14.04.2011 der Finanzaufsicht bei dem Main-Kinzig-Kreis vorgelegt wurde. Mit einer Genehmigung ist realistischerweise ab September zu rechnen.

Für die FDP-Fraktion fragt die Stadtverordnete Braun:
In der vorletzten Sitzung vor der Kommunalwahl haben Sie eine baldige Verbesserung der Lichtzeichenanlage Hammersbacher Straße/L 3195 (Apfelwein Walther) in Aussicht gestellt. Die LZA sollte „intelligent“ werden, d.h. auf Bedarfsschaltung umgestellt werden. Wann ist tatsächlich mit der Umsetzung dieser Maßnahme zu rechnen?

Der Bürgermeister bekundet, dass sich zwischenzeitlich Planungsänderungen ergeben hätten. Morgen stehe ein weiteres Abstimmungsgespräch mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen an. Die Planungsänderung betreffe die Verschmälerung der Verkehrsinsel in südlicher Richtung, um mehr Aufstellungsfläche für PKW zu erreichen.

TOP 6	DS 144/2011	Antrag der CDU-Fraktion: Schilderwald
-------	-------------	---------------------------------------

Der Stadtverordnete Rehbein trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne. Die Stadtverordnete Empter gibt zu bedenken, dass es sich um eine Alleinzuständigkeit des Bürgermeisters als Straßenverkehrsbehörde handele; Die Inhalte seien freilich vernünftig.

Abstimmung: bei 29 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zusammen mit dem ADAC, der ein spezielles bundesweites Projekt initiiert hat, den „Schilderwald“ im Straßenverkehr zu sichten um überflüssige Verkehrszeichen aufzuspüren.

TOP 7	DS 145/2011	Antrag der CDU-Fraktion: Einrichtung einer Kommission
-------	-------------	---

Die Stadtverordnete Lauterbach spricht im Sinne des Antrags. Sie präzisiert den Antrag wie folgt: „[...] diese Kommission im Zustimmungsfall kurzfristig zu konstituieren.“

Der Stadtverordnete Friebe trägt einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne.

„Der Magistrat wird beauftragt, eine Kommission für Familien, Kinder, Jugend und Senioren einzurichten. Die Konstituierung findet kurzfristig nach der Sommerpause der Stadtverordnetenversammlung statt.“

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt zu bedenken, dass es sich um eine Sache in alleiniger Zuständigkeit des Magistrats handelt. Die Stadtverordnete Braun sieht ein Manko in der fehlenden öffentlichen Tagungsweise einer Kommission. Genauso gut könne der Ausschuss für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales betraut werden und auch dort sachkundige Bürger bzw. Interessenvertretungen hinzu geladen werden. Die Stadtverordnete Lauterbach bekundet, dass auch in einer Kommission die Fraktionen und andere Berufene arbeiten können. Der Stadtverordnete Rabold geht davon aus, dass die Sache in ausschließlicher Zuständigkeit des Magistrats zu be-

handeln sei, so dass der Antrag ausschließlich als Aufforderung zu verstehen sei. Der Stadtverordnete Wenzel bekundet, es sei nichts schlechtes daran, den Fraktionswillen eine Magistratssache betreffend, zu äußern. Die Nichtöffentlichkeit einer Kommissionssitzung lasse zudem eine sachnähere und detaillierte Diskussionsatmosphäre zu. Die Stadtverordnete Braun befürchtet mangelnde Transparenz, denn die Öffentlichkeit werde so schon viel zu wenig beteiligt. Der Stadtverordnete Reul spricht im Sinne der Kommissions-Lösung.

Die Stadtverordnete Empter macht sich für den Änderungsantrag die Formulierung „im Zustimmungsfall“ zu eigen.

Beschluss zum Änderungsantrag: bei 13 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zum Ursprungsantrag: bei 31 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob die Einrichtung einer Kommission für Familien, Kinder, Jugend und Senioren geboten ist und diese Kommission im Zustimmungsfall möglichst kurzfristig zu konstituieren.

Sodann ruft der Stadtverordnetenvorsteher die Tagesordnungspunkte 8 und 13 gemeinsam auf.

TOP 8	DS 150/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Ausbau des Betreuungsangebotes für unter 3jährige
TOP 13	DS 148/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Antrag zur Vorstellung der aktuellen Situation zum Thema Kinderbetreuung unter drei Jahren in Bruchköbel und zum weiteren Vorgehen

Die Stadtverordnete Klein trägt für die BBB-Fraktion den Antrag vor und spricht in diesem Sinne: "Der Magistrat wird beauftragt, bis zum 01.01.2013 zusätzlich zu den bisher bereits geplanten 44 Plätzen für unter 3jährige Kinder in Bruchköbeler Kitas mindestens weitere 40 Plätze zu schaffen. Da bislang vorwiegend Platzangebote für 2jährige Kinder geplant sind, sollen von den zusätzlichen Plätzen mindestens 30 speziell für 1jährige Kinder sein."

Die Stadtverordnete Braun trägt für die FDP-Fraktion den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„1. Die FDP-Fraktion fordert den Magistrat auf, nach folgendem Muster vorzutragen:

- Wie sieht der grobe Zeitplan aus, damit bis 2013 ausreichend Betreuungsplätze U3 zur Verfügung stehen und welche baulichen Maßnahmen sind geplant? Welche Alternativen wurden geprüft?
- Da sich der Stellenmarkt für den Bereich der Erzieher/-innen derzeit als sehr schwierig darstellt. Welche Strategien hat die Stadt Bruchköbel, um trotz dieser Situation geeignetes Fachpersonal zu finden?

- Wurden Rücklagen gebildet, um Klagemaßnahmen von Eltern bei nicht Erfüllung des Rechtsanspruchs bestreiten zu können?

2. Die FDP fordert den Magistrat auf, Gespräche mit der neu gegründeten Initiative 'Familien in Bruchköbel' mit dem Ziel zu führen, weitere Betreuungsplätze insbesondere für den U3 und Hortbereich zu schaffen."

Der Bürgermeister geht detailliert auf die aufgeworfenen Fragen ein:

Der Ausbau der U3 Betreuung umfasse keineswegs nur 44 Plätze, derzeit werde mit ca. 60 Plätzen u.a. durch Anbauten an den Kitas Wirbelwind, Sonnenwiese und Zauberweide gerechnet. Für weitere 10-20 Plätze werde zurzeit mit freien Trägern gesprochen und ca. 10-15 Plätze können voraussichtlich über die Kindertagespflege abgedeckt werden.

Die meisten Fragen seien auch schon bei der Vorstellung des Bedarfs- und Entwicklungsplans für die städtischen Kindertagesstätten und Kinderhorte detailliert durch Frau Gathof vorgetragen worden.

Er führt weiter aus, dass alle U3-Plätze wie im „Kinderförderungsgesetz“ vorgesehen ab dem vollendeten 1. Lebensjahr zur Verfügung stehen. Schon ab August 2011 werden vorhandene U3 Plätze auch entsprechend vergeben, soweit die Betriebserlaubnisse der Einrichtungen dies zulasse. Entsprechende Fortbildungen werden gerade absolviert.

Insgesamt werden ca. 159 Plätze benötigt, bereits jetzt stehen 49 Plätze in Einrichtungen und 20 in Tagespflege zur Verfügung. Er referiert weitere Details aus dem Bedarfs- und Entwicklungsplan. Der Zeitplan sehe für 2012 drei Anbauten mit je 2 Gruppen à 10 Kindern vor. Der Baubeginn ist für August 2011 vorgesehen, die Inbetriebnahme ist für das Frühjahr 2012 geplant. Parallel werden Kooperationsgespräche mit den freien Trägern geführt. Eine Ergänzung werde durch den gleichzeitigen Ausbau der Kindertagespflege geschaffen und neue Tagespflegepersonen durch Anreize gewonnen. Alternativen seien geprüft worden, z.B. die Nutzung vorhandener städtischer Gebäude scheid wegen hoher Kosten für Umbauten und Brandschutzmaßnahmen sowie niedrigerer Förderpauschalen aus. Alle Förderungen für Baumaßnahmen und Ausstattungsinvestitionen seien beantragt. Für Erweiterungsbauten gelte eine Festbetragsfinanzierung mit je 14.500 € pro neu geschaffenem Platz.

Gespräche mit Mitgliedern der Initiative „Familien in Bruchköbel“ können in Zukunft z.B. durch Berufung von Vertretern in die geplante Kommission für Familien, Kinder, Jugend und Senioren erfolgen. Das von der Initiative favorisierte Betreuungskonzept des Honigbienchen e.V. aus Erlensee ist hier bekannt. Aufgrund der hohen Baukosten, der sehr hohen Elternbeiträge (11 Std. Betreuung 407 € plus Verpflegungsentgelt) und der Beschäftigung von teilweise nicht ausgebildetem pädagogischen Fachpersonal sei das Konzept für die Stadt Bruchköbel nicht realisierbar. Eine Einbindung der Schulkindbetreuung sei zudem nicht über das Investitionsprogramm förderfähig. Bei zweckfremder Nutzung der geförderten Räumlichkeiten wären zudem die Fördergelder anteilig für den entsprechenden Zeitraum zurück zu zahlen.

Weitere Hortplätze für das Schuljahr 2011/2012 werden durch Umstrukturierungen in den städtischen Kindertagesstätten ausreichend zur Verfügung gestellt.

Abstimmung zur DS /2011: bei 7 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt

Abstimmung zur DS /2011: bei 15 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt

TOP 9	DS 151/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Sicherer Radweg zwischen Niederissigheim und Butterstadt
-------	-------------	---

Der Stadtverordnete Hormel trägt für die BBB-Fraktion den Antrag vor und spricht in diesem Sinne.

„Der Magistrat der Stadt Bruchköbel wird beauftragt zu prüfen, ob ein vorgezogener Bau des Radweges von Niederissigheim nach Butterstadt bis zur Höhe des landwirtschaftlichen Wegs möglich ist, der als Zufahrt zum Gelände des Obst- und Gartenbauvereins Niederissigheim genutzt wird und der aktuell die Rad- und Fußwegverbindung nach Butterstadt abseits der Landstraße darstellt. Eine erhebliche Steigerung der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern zwischen Niederissigheim und Butterstadt könnte somit wesentlich vor der Zuweisung der Landesmittel für den Radwegebau erreicht werden. Die Finanzierung sollte sich dabei an den Regeln des kommunalen Interessen-Modells orientieren. Entsprechende Verhandlungen sind mit der Straßenbauverwaltung des Landes zu führen.“

Der Erste Stadtrat bekundet, dass dieser Lückenschluss gewollt sei und Beschlüsse bereits auf dem Tisch liegen. Eine Verlängerung des Bürgersteigs sei baulich nicht machbar. Die Ausführungsplanung für den Radweg laufe, u.a. die dafür notwendige Parzellierung. Der Stadtverordnete Hormel entgegnet, dass hier die Vorfinanzierung problematisch sei und nicht die endgültige Kostenübernahme. Wenn die Stadt jetzt schon die Finanzierungskosten für den Tiefbau übernehmen würde, könne schneller gebaut werden. Der Erste Stadtrat bekundet, dass dies bei allen Projekten der Fall sei, aktuell seien jedenfalls keine Haushaltsmittel eingestellt.

Abstimmung: bei 15 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt

TOP 10	DS 152/2011	Antrag der BBB-Fraktion: Anpassung der Geschäftsordnung an die Sach- und Rechtslage
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete Rabold trägt für die BBB-Fraktion den Antrag vor und spricht in diesem Sinne.

„1. § 24 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung erhält folgende Fassung:

Jede Fraktion erhält 10 Minuten Zeit für ihre Fragestellung. Die Fraktionen werden in der Reihenfolge des Stimmenanteils der letzten Kommunalwahl aufgerufen, beginnend mit der Fraktion des größten Stimmenanteils.

2. § 16 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird ersatzlos gestrichen.

3. § 28 Abs. 5 Satz 5 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird ersatzlos gestrichen.“

Die Stadtverordnete Lauterbach beantragt die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss. Die Stadtverordnete Empter spricht gegen eine Verweisung.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 21 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen verwiesen

TOP 11	DS 146/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Einrichtung eines zentralen Anmeldeverfahrens für Kita- und Hortplätze
--------	-------------	---

Die Stadtverordnete Braun trägt für die FDP-Fraktion den Antrag vor und spricht in diesem Sinne.

„Der Magistrat wird zur Schaffung einer zentralen Anmeldestelle im Rathaus für die Vergabe von Plätzen in den Kindertageseinrichtungen (Kita und Hort) der Stadt beauftragt. Die Verwaltung wird aufgefordert, hierfür auch Gespräche zur Kooperation mit den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen zu führen.“

Der Bürgermeister wendet sich gegen die Ausführungen, insbesondere finde für die städtischen Kindertagesstätten ein ständiger Abgleich statt. Ein zentrales Verfahren werde mit dem Produktiveinsatz einer bereits installierten Software demnächst vorgehalten. Die Anmeldung erfolge dann bei der Sachbearbeiterin im Rathaus, insofern sei der Antrag obsolet.

Die Stadtverordnete Empter wendet sich gegen diese Einschätzung, der Antrag sei schon mehrfach ergebnislos gestellt worden.

Abstimmung: bei 10 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt

TOP 12	DS 147/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Ärztliche Versorgung in Bruchköbel
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete Schäfer trägt für die FDP-Fraktion den Antrag vor und spricht in diesem Sinne.

„Der Magistrat wird beauftragt mit der kassenärztlichen Vereinigung, der Landesärztekammer sowie weiteren zuständigen Gremien Gespräche zu führen mit der Zielrichtung einer besseren ärztlichen Versorgung, u.a. auch Neuansiedlung von Ärzten, zu erreichen.“

Die Stadtverordnete Bürgstein wendet sich gegen das Ansinnen. Voraussichtlich Ende des Jahres werde von der Kassenärztlichen Vereinigung neue Zahlen vorgelegt, die aber für Bruchköbel mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Verbesserungen beinhalten werden, da im Vergleich zu anderen Kommunen sowieso eine erhebliche Ärztedichte vorliege. Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne des Antrages, da jetzt jedenfalls die Zeit sei, das Anliegen vor die Kassenärztliche Vereinigung zu bringen.

Abstimmung: bei 7 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt

TOP 14	DS 149/2011	Antrag der FDP-Fraktion: Abholtermine für Biotonne
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Schäfer spricht im Sinne des Antrags.

Abstimmung: beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob im nächsten Jahr bereits ab Mai eine wöchentliche Leerung der Biotonne veranlasst werden kann und welche Mehrkosten hierdurch verursacht werden.

TOP 15	DS 142/2011	Wahl einer/eines weiteren Stellvertreters für die Verbandskammer Regionalverband FrankfurtRheinMain
--------	-------------	---

Abstimmung: beschlossen

Beschluss:

Als weitere stellvertretende Vertreterin in der Verbandskammer Regionalverband FrankfurtRheinMain wird Stadträtin Ingrid Cammerzell gewählt.

TOP 16	DS 112/2011	Wahl von Ortsgerichtsschöffen für die Ortsgerichte Bruchköbel I (Bruchköbel, Kernstadt), Bruchköbel II (Niederissigheim / Oberissigheim), Bruchköbel III (Roßdorf / Butterstadt)
--------	-------------	--

Abstimmung zu Ziffer 1: beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 2: beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 3: beschlossen

Beschluss:

1. Dem Direktor des Amtsgerichts Hanau wird für die erneute Ernennung zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Bruchköbel I (Bruchköbel, Kernstadt) vorgeschlagen:

Herr Michael Bernt, geb. am 28.06.1949 in Wiesbaden, wohnhaft Buchenweg 5 c, 63486 Bruchköbel

2. Dem Direktor des Amtsgerichts Hanau wird für die erneute Ernennung zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Bruchköbel II (Niederissigheim / Oberissigheim) vorgeschlagen:

Herr Willi Graulich, geb. am 09.01.1941 in Kirtorf-Alsfeld, wohnhaft Im Breul 9, 63486 Bruchköbel

3. Dem Direktor des Amtsgerichts Hanau wird für die Ernennung zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Bruchköbel III (Roßdorf / Butterstadt) vorgeschlagen:

Herr Harry Schmidt, geb. am 30.01.1958 in Idar Oberstein, wohnhaft Feldbergstraße 13, 63486 Bruchköbel

TOP 17	DS 274/2010	Änderung und Neubekanntgabe Friedhofsordnung
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Rabold beantragt die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: einstimmig verwiesen.

Der Erste Stadtrat spricht im Sinne der Vorlage.

Der Stadtverordnete Hormel stellt für die BBB-Fraktion folgenden Änderungsantrag und spricht in diesem Sinne.

„1. Textziffer 1, Abs. 1 wird wie folgt ergänzt:

...und 12 (tlw.) für ein allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO.

2. (neu – die bisherigen Textziffern 2. – 5. werden 3. – 6.):

Für die bisherigen Gärten/Grabstücken schafft die Stadt Bruchköbel ein Ersatzangebot im Stadtteil Niederissigheim, welches bevorzugt den bisherigen Pächtern angeboten wird. Die entstehenden Verluste und Mehraufwendungen sind in angemessener Weise zu berücksichtigen und auszugleichen.

3. Textziffer 7 (neu):

Der Aufstellungsbeschluss wird unter der Voraussetzung gefasst, dass in der unmittelbaren Nachbarschaft der ungeschmälerter Weiterbetrieb von Mehrzweckhalle, Sportplätzen, Kindertagesstätten und Gaststättenbetrieb durch geeignete bauliche Auflagen und dingliche Absicherungen im Grundbuch im Hinblick auf den Lärmschutz abgesichert wird.“

Der Erste Stadtrat bekundet, dass die in Rede stehenden Aspekte sowieso in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans eingearbeitet worden wären, hier gehe es ausschließlich um das „Ob“.

Stadtrat Schäfer fragt, ob die Gesamtfläche ca. 9.000 qm im Eigentum der Stadt stehen, oder ob Flächen zugekauft werden müssten. Der Erste Stadtrat bekundet, dass die Stadt nicht Eigentümerin der Gesamtfläche sei, aber auch keinen Zukauf plane.

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 1: einstimmig beschlossen

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 2: einstimmig beschlossen

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 3: einstimmig beschlossen

Abstimmung zum Ursprungsantrag: einstimmig beschlossen

Beschluss:

„1. Aufstellungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 5 HGO die Aufstellung des Bebauungsplans „Am Hasenpfad“, Gemarkung Niederissigheim, Flur 8, FIST 42 (tlw.), Flur 9, FIST 9/3, 7, 9/5, 11 und 12 (tlw.) für ein allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO.

Durch die Aufstellung der Bauleitplanung sollen die im Geltungsbereich gelegenen Grundstücke durch rechtsverbindliche Festsetzung nach dem BauGB einer städtebaulichen Ordnung zugeführt werden.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB und ohne die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Der anliegende Lageplan mit der festgelegten Abgrenzung ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2.

Für die bisherigen Gärten/Grabstücken schafft die Stadt Bruchköbel ein Ersatzangebot im Stadtteil Niederissigheim, welches bevorzugt den bisherigen Pächtern angeboten wird. Die entstehenden Verluste und Mehraufwendungen sind in angemessener Weise zu berücksichtigen und auszugleichen.

3. Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Bebauungsplanentwurf wird in Form von Planzeichnung und Textlichen Festsetzungen und Begründung gem. § 3 BauGB öffentlich ausgelegt.

4. Beteiligung der Behörden

Der Bebauungsplanentwurf wird in Form von Planzeichnung und Textlichen Festsetzungen und Begründung ausgelegt und die berührten Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme gem. § 4 BauGB innerhalb eines Monats gebeten.

5. Bekanntmachung

Der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans „Am Hasenpfad“ ist ortsüblich im Hanauer Anzeiger bekannt zu machen.

6. Baulandumlegung

Die Baulandumlegung wird nach den Vorgaben des Baugesetzbuches durchgeführt.

7.

Der Aufstellungsbeschluss wird unter der Voraussetzung gefasst, dass in der unmittelbaren Nachbarschaft der ungeschmälerter Weiterbetrieb von Mehrzweckhalle, Sportplätzen, Kindertagesstätten und Gaststättenbetrieb durch geeignete bauliche Auflagen und dingliche Absicherungen im Grundbuch im Hinblick auf den Lärmschutz abgesichert wird.“

TOP 19	DS 137/2011	Ausbau der Hauptstraße
--------	-------------	------------------------

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet zu den Empfehlungen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr.

Die Stadtverordnete Empter wendet sich mit Bedenken gegen die Einrichtung der Angebotsstreifen für den Fahrradverkehr. Die Stadtverordnete Braun kritisiert, dass weniger Parkplätze als vorher übrig bleiben, sie bekundet ebenfalls Sicherheitsbedenken gegen den Fahrrad-Angebotsstreifen besonders in Bezug auf die verbleibende Fahrbahnbreite von 4,5 m, also der gesetzlichen Mindestbreite für Begegnungsverkehr. Weiter geht sie davon aus, dass ein Kreisverkehr am Kreuzungspunkt Hainstraße/Jahnstraße die bessere Lösung gegenüber der dauerhaft kostenintensiven Ampelanlage wäre. Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne der Stadtverordneten Braun und kritisiert einzelne Details.

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Einzelziffern abstimmen.

Abstimmung zu Ziffer 1: bei 27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 2: bei 27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen

Beschluss:

1. Der Ausbau der Ortsdurchfahrt (OD) Bruchköbel wie im Übersichtsplan vom Ingenieurbüro IMB Plan ausgearbeitet, wird beschlossen (siehe Anlagen).
2. Die Mittel im Jahr 2012 sind für den Ausbau der OD im Haushalt vorzusehen und in der Prioritätenliste auf Priorität 1 zu setzen.

TOP 20	DS 257/2010	2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bruchköbel im Stadtteil Oberissigheim an der Landwehr zwecks Errichtung eines neuen Feuerwehrstandortes; Abwägung und Entwurfsbeschluss
--------	-------------	--

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet zu den Empfehlungen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr, insbesondere zur neu hinzugekommenen Ziffer 3 der Vorlage.

Die Stadtverordnete Empter spricht im Sinne eines neuen Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Oberissigheim, gibt aber zu bedenken, dass der geplante Standort durch Unwägbarkeiten bei der Erschließung, insbesondere durch das Kostenrisiko eines Ausbaus der Landwehr, möglicherweise doch gefährdet ist. Andere Standorte hätten detaillierter geprüft werden müssen. Der Stadtverordnete Rabold spricht in diesem Sinne. Auch würden bei den Abwägungen problematische Beschlussvorschläge gemacht. Darüber hinaus enthalte die Vorlage zwar detaillierte Ablehnungsgründe für Alternativ-Standorte, aber keine ausreichende Begründung für den jetzt ausgewählten Standort. Er mahnt jedenfalls eine schnelle Umsetzung der Maßnahme an. Stadtrat Schäfer kritisiert den Standort als nicht akzeptabel. Die Anwohner würden zu stark beeinträchtigt und entsprechende Einwendungen, auch von Trägern öffentlicher Belange, seien nicht bzw. nicht ausreichend in der Abwägung berücksichtigt. Darüber hinaus sei es finanziell zu riskant, möglicherweise die Landwehr ausbauen zu müssen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über die Einzelziffern der Abwägung und sodann über die Beschlussziffern nebst der neuen Ziffer 3 abstimmen:

Amt für Straßen- und Verkehrswesen Gelnhausen

Abstimmung zu Ziff. 1: Bei 27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 2: Bei 19 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 3: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 4: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 5: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 6: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 7: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 8: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 10: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 11: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 12: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 13: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 14: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Deutsche Telekom AG

Abstimmung zu Ziff. 1: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 2: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 3: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 4: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

KA des Main-Kinzig-Kreises, Abt. 63.01 Kreisplanung

Abstimmung zu Ziff. 1: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 2: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 3: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 4: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 5: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 6: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 7: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 8: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 9: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 10: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 11: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 12: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 13-18: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 19: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 20: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 21: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 22: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 23: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 24: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 25: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 26: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 27: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main

Abstimmung zu Ziff. 1: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 2: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 3: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 4: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 5: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 6: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 7: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Regierungspräsidium Darmstadt

Abstimmung zu Ziff. 1: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 2: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 3: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 4: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziff. 5-7: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Herbert Laibacher, Zur Tanne 14, 63486 Bruchköbel

Abstimmung: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Anlieger zum Flurstück 97 und 98:

Herbert Laibacher, Zur Tanne 14, 63486 Bruchköbel

Roswitha Hagel, Zur Tanne 14a, 63486 Bruchköbel

Maritta und Lothar Witting, Zur Tanne 12, 63486 Bruchköbel

Domenico Roda, Zur Tanne 10, 63486 Bruchköbel

Renate Dietz, Zur Tanne 8, 63486 Bruchköbel

Abstimmung: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Bürger der Stadt Bruchköbel, Stt. Oberissigheim

Abstimmung: Bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen beschlossen

Im Anschluss lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Beschlussziffern der Vorlage einzeln abstimmen.

Abstimmung zu Ziffer 1: Bei 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 2: Bei 28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zur Ziffer 3: Bei 32 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen beschlossen

Beschluss:

1. Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden nach ausführlicher Diskussion als Stellungnahmen der Stadt Bruchköbel beschlossen.

2. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes und die Begründung sind in der gemäß (1) geänderten Fassung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die beteiligten Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

3. Parallel zur FNP-Entwicklung wird im Vorgriff auf eine Bauantragstellung stufenweise ein Verkehrsgutachten und ein Schallgutachten beauftragt, um die finanzielle Machbarkeit des Standorts frühzeitig zu erkennen.

TOP 21	DS 132/2011	Aufhebung der geltenden Entwässerungssatzung und gleichzeitiger Erlass einer neuen Entwässerungssatzung (EWS)
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete Baier bekundet, dass eine Synopse von Alt- und Neu-Satzungen sehr nützlich gewesen wäre. Es stelle sich die Frage, warum ein externes Beratungsunternehmen beauftragt worden sei, wenn schon die Mustersatzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes herangezogen worden sei.

Der Stadtverordnete Hormel trägt einen Änderungsantrag der BBB-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne.

„1. § 2 Begriffsbestimmungen:

Der Begriff der Zuleitungskanäle wird wie folgt ergänzt: Dazu zählen nicht die Leitungen, die ausschließlich der Entwässerung von Niederschlagswasser dienen.

2. § 24 Abs.1: Die Gebühr für das Einleiten von Niederschlagswasser wird bei den bisherigen 0,43 €/m² befestigte Fläche belassen.

3. § 26 Abs. 1+2: .

Die Gebührensätze werden auf 2,44 EUR pro m³ Frischwasserverbrauch festgesetzt."

Der Erste Stadtrat spricht gegen die Stadtverordneten Baier und Hormel, die externe Beratung sei insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Kostendeckung erforderlich gewesen. All das sei auch Gegenstand der Ausschuss-Beratungen gewesen, dort hätte gefragt werden können. Der Stadtverordnete Rabold will zum jetzigen Zeitpunkt die Details klären, da dies durch die seiner Auffassung nach unzureichende Vorbereitungszeit unmöglich gewesen wäre. Der Stadtverordnete Reul macht darauf aufmerksam, dass Gebühren im Allgemeinen kostendeckend sein müssen, so dass eine Veränderung der Beträge nicht möglich sei. Eine Kostensteigerung sei im Übrigen durch die Umsetzung der Eigenkontrollverordnung notwendig geworden. Der Stadtverordnete Schäfer spricht gegen den Stadtverordneten Reul, die Eigenkontrollverordnung sei schon lange bekannt. Insgesamt sei die Kostensteigerung aber vertretbar, da auch mehr geleistet werde. Grundsätzlich müssten aber die Bürger eingehend informiert und beteiligt werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher bekundet, dass die Eigenkontrollverordnung alleiniger Gegenstand einer Bürgerversammlung im Frühherbst sein werde.

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 1: bei 5 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 2: bei 5 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 3: bei 5 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 4: bei 5 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Abstimmung zum Ursprungsantrag: bei 29 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen beschlossen

Beschluss:

Der angehängten neuen Entwässerungssatzung und der gleichzeitigen Aufhebung der am 09.12.2003 beschlossenen Entwässerungssatzung (EWS) in der Fassung der am 02.11.2004 beschlossenen 1. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung wird zugestimmt.

TOP 22	DS 130/2011	Aufhebung der geltenden Erschließungsbeitragssatzung und rückwirkende Inkraftsetzung einer neuen Erschließungsbeitragssatzung sowie Aufhebung der geltenden Straßenbeitragssatzung und gleichzeitiger Erlass einer neuen Straßenbeitragssatzung
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete Reul verlässt zu Ziffer 1 im Sinne des § 25 HGO den Sitzungssaal, damit sind 33 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

Der Stadtverordnete Rabold bekundet, dass der Stadtverordnete Reul seiner Erinnerung nach in der Ausschusssitzung zwar einen Widerstreit der Interessen bekundet und die Sitzungsleitung abgegeben hatte, jedoch nicht den Saal verlassen habe.

Der Stadtverordnete Hormel trägt für die BBB-Fraktion einen Änderungsantrag vor und spricht in diesem Sinne.

„1. § 2 Abs. 3 (neu): Wird bei einer grundhaften Erneuerung die Ausgestaltung und Ausstattung einer Straße wesentlich verändert, sind die beitragspflichtigen Grundstücks-Eigentümer in geeigneter zu beteiligen. Über die Umlage eventuell anfallender Mehrkosten entscheidet die Stadtverordnetenversammlung im Einzelfall.

2. § 3 Abs. 1 letzter Halbsatz (Ergänzung): 75 %, wenn sie überwiegend dem überörtlichen Durchgangsverkehr oder der ÖPNV-Linienführung dient.

Der Erste Stadtrat bekundet, dass eine Reihe von Fachleuten mit der Ausarbeitung der Entwürfe betraut waren und jede Änderung rechtliche Unwägbarkeiten nach sich ziehen könnten.

Der Stadtverordnetenvorsteher trägt die Empfehlungen des Ausschusses vor.

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 1: bei 13 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt

Abstimmung zum Ursprungsantrag Ziffer 1: bei 28 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen

Der Stadtverordnete Reul wird in den Sitzungssaal zurückgebeten, damit sind 34 Stadtverordnete anwesend. Der Stadtverordnetenvorsteher teilt ihm das Ergebnis der Abstimmung mit.

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 2: bei 13 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt

Abstimmung zum Ursprungsantrag Ziffer 2: bei 29 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen

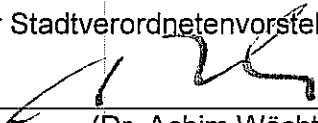
Beschluss:

1. Der rückwirkenden Inkraftsetzung der angehängten Erschließungsbeitragssatzung zum 01.02.2011 und der gleichzeitigen Aufhebung der am 20.10.1987 beschlossenen Erschließungsbeitragssatzung wird zugestimmt.

2. Der angehängten neuen Straßenbeitragssatzung und der gleichzeitigen Aufhebung der am 10.12.2002 beschlossenen Straßenbeitragssatzung wird zugestimmt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher um 23:05 Uhr die Sitzung.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer